



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

B 133 Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen (2022–2025); Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Gesundheits- und Sozialdepartement

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Die GASK hat den Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen (2022–2025) an ihren Sitzungen vom 14. November 2022 und 12. Dezember 2022 beraten und von diesem einstimmig in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. Der Regierungsrat wurde 2019 mittels einer Kommissionsmotion beauftragt, einen Bericht über die Gleichstellung im Kanton Luzern zu erarbeiten. Nun liegt dieser Bericht erstmals vor. Der Bericht zeigt auf, mit welchen Massnahmen der Kanton die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen weiter fördern kann. Die Inhalte des Berichtes sind auf die im Jahr 2021 veröffentlichte Gleichstellungsstrategie 2030 des Bundes abgestimmt. Der Bericht ist entlang der fünf übergeordneten Leitsätze strukturiert: Förderung der wirtschaftlichen Autonomie, bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben, vielfältigere Ausbildung- und Berufsverläufe, Signalwirkung des Kantons als Arbeitgeber sowie Verbesserung der Sicherheit der Luzerner Bevölkerung. Unsere Kommission stellt Ihnen vier Anträge: Erstens: Für die Jahre 2026–2029 soll ein neuer Bericht mit messbaren Zielen und Massnahmen erstellt werden. Zweitens: Im Vorfeld der nächsten Beratung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) soll das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) Vorschläge zu möglichen Indikatoren liefern, die in den AFP aufgenommen werden können und Transparenz bezüglich der Entwicklung der Gleichstellung im Kanton Luzern schaffen. Drittens: Der Kanton soll die Erfassung von LGBTI-feindlichen Aggressionen und Gewalt prüfen. Viertens: Die Regierung soll sich beim Bund für die Weiterentwicklung einer schweizweiten Datenbasis zu allen Formen von Gewalt einsetzen, die von der Istanbul-Konvention erfasst werden. Zu den weiteren Anträgen äussere ich mich im Rahmen der Beratung.

Für die Mitte-Fraktion spricht Thomas Oehen.

Thomas Oehen: Mittels einer Kommissionsmotion wurde der Regierungsrat im Dezember 2019 beauftragt, einen wissenschaftlichen Grundlagenbericht über die Gleichstellung im Kanton Luzern zu erstellen. Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit verfasste diesen Grundlagenbericht. Er zeigte Optimierungspotenziale auf und diente dem Regierungsrat als Grundlage für den ersten Planungsbericht zur Situation und Förderung der Gleichstellung im Kanton Luzern. Der Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen (2022–2025) zeigt auf, wie die Situation der Gleichstellung im Kanton ist, welches daraus folgend die fokussierten Handlungsfelder der Gleichstellungspolitik für die nächsten Jahre sein sollen und welche Massnahmen es in

welchen Handlungsfeldern braucht, um die Gleichstellung wirkungsvoll voranzubringen. Der Kanton kann im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen, die Gleichstellung zu fördern und voranzubringen – in seiner Rolle als Dienstleister für die Luzerner Bevölkerung, als Arbeitgeber für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und als Auftraggeber für Unternehmen und Organisationen, mit denen er zusammenarbeitet. Die Stärkung der wirtschaftlichen Autonomie ist auch wesentlich vom gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und damit der Zielerreichung der Lohngleichheit abhängig. Der Mitte ist es sehr wichtig, dass wir die Gleichstellung durch unseren Rat und durch den Kanton weiter im Fokus haben aber auch – wie vom Regierungsrat vorgesehen – alle Player mit ins Boot holen. Der im Planungsbericht enthaltene Massnahmenplan ist in vier Handlungsfelder geordnet, nämlich die Förderung der wirtschaftlichen Autonomie, die Sensibilisierung und Information, die Signalwirkung der kantonalen Verwaltung und die Prävention und Verringerung geschlechtsspezifischer Gewalt. Dieser Bericht ist eine gute Basis, auf der wir aufbauen und in der Umsetzung tiefer in die Details einsteigen können. Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und nimmt den Bericht zustimmend zu Kenntnis. Den vier Anträgen der GASK stimmen wir zu, alle anderen Anträge lehnt die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich ab.

Für die SVP-Fraktion spricht Monika Schnydrig.

Monika Schnydrig: Für die SVP sind Chancengleichheit und ein diskriminierungsfreies Umfeld natürlich zentral für unsere Gesellschaft. Menschen sind Menschen, egal woher sie kommen, welches Geschlecht sie haben, welchem Glauben sie angehören, wen sie lieben oder wie viel sie arbeiten. Aber wir unterstützen es nicht, einzelne Menschen herauszustellen und daraus politischen Profit schlagen zu wollen. Vielen ist wohl wenig bekannt, was der Kanton bereits heute im Bereich der Gleichstellung leistet. Es gibt notwendiges Fachpersonal, welches für die Gleichstellungsfragen zuständig ist. Der Bericht ist kein AFP, kein Budget und kein Arbeitnehmerpapier. Der Bericht ist eine Grundlage, der auf Basis der Vernehmlassung erstellt wurde. Der Planungsbericht fokussiert auf Handlungsfelder und Massnahmen, mit denen die wirtschaftliche Autonomie, die soziale Sicherheit und ein gewaltfreies Leben in einem diskriminierungsfreien Umfeld gefördert werden. Die SVP unterstützt viele Elemente des Planungsberichtes. Zu beachten sind jedoch die Rollen der Arbeitgebenden und der Familien, insbesondere der nicht arbeitenden Mütter und Väter. Hier dürfen keine Benachteiligungen geschaffen werden. Care-Arbeit soll aus unserer Sicht nicht monetarisiert werden. Die Kosten dafür sind nicht tragbar, und unsere Zivilgesellschaft gründet seit jeher auf freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Wir unterstützen die Gleichstellung, aber nicht bis zum Exzess, denn viele Unterschiede sind naturgegeben. Die Schulen sind schon heute stark belastet und sollen sich nicht in die Rollenverteilung in den Familien einmischen. Die Rollenverteilung ist allein Sache der Familien. Jedes Individuum soll im Rahmen seiner Möglichkeiten respektiert und gefördert werden. Die Massnahmen müssen aber finanzierbar bleiben, sie dürfen die Steuerzahlenden nicht zusätzlich belasten und Arbeitsplätze nicht verteuern. Die Abwanderung von Arbeitsplätzen darf dadurch nicht noch verstärkt werden. Uns stellen sich Fragen dazu, ob eine so starke Signalwirkung der kantonalen Verwaltung sinnvoll ist und inwiefern privatrechtliche Unternehmungen in der Lage sind, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Aus unserer Sicht greifen die im Bericht vorgesehenen Massnahmen teilweise zu stark in die persönlichen Rechte und die Entwicklung der Individuen ein. Die SVP setzt auf Eigenverantwortung. Den Anträgen der GASK stimmen wir zu, alle anderen lehnen wir aus den schon erwähnten Punkten ab. Wir nehmen den Bericht neutral zur Kenntnis.

Für die FDP-Fraktion spricht Sibylle Boos-Braun.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP dankt der Regierung und den involvierten Stellen für den umfassenden Bericht. Die FDP-Fraktion anerkennt den umfassenden Bericht als gutes Instrument zur Sensibilisierung und zur Verbesserung der Gleichstellung im Kanton Luzern. Ja, der Weg bis zum Erreichen der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen in unserem Kanton ist noch weit. Erfreulich ist aber, dass wir bereits ein gutes Stück dieses Weges hinter uns haben und inzwischen auch schneller und gezielter unterwegs sind als früher. Der vorliegende Planungsbericht nimmt eine Vielzahl berechtigter Anliegen auf und

geht im Grundsatz in die richtige Richtung. Für die FDP sind die Chancengleichheit und ein diskriminierungsfreies Umfeld zentral für unsere Gesellschaft. Im Wissen darum, dass die Gleichstellung in sehr vielen Bereichen noch nicht umgesetzt ist, unterstützen wir die Fokussierung auf die im Bericht aufgeführten Handlungsfelder mit den entsprechenden Massnahmen. Mit dem Planungsbericht zeigt der Kanton jene Massnahmen auf, die er als Arbeitgeber und Auftraggeber sowie als Dienstleister treffen kann und will. Den grössten Handlungsbedarf sehen wir im Bereich der Wirtschaft mit den Themen Arbeit, Lohn- und Karrieregleichheit, soziale Absicherung und Armut. So zeigt das Gleichstellungsbarometer, dass die Gleichstellung am Arbeitsplatz als die am wenigsten erreichte Gleichstellung wahrgenommen wird. Die Förderung der wirtschaftlichen Autonomie aller Menschen ist denn auch ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung der tatsächlichen Gleichstellung: Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie dank familienergänzender Kinderbetreuung und flexible Arbeitszeitmodelle sind nur drei der wichtigen Themen im Arbeitsbereich. Dank solcher Massnahmen können wir Frauen stärker im Arbeitsprozess halten. Sie verbessern dadurch ihre Altersrente und erhöhen ihre Altersvorsorge. Gleichzeitig wird dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt. Auch die geplanten Massnahmen zur Prävention von geschlechterspezifischer Gewalt werden von der FDP unterstützt und als sehr wichtig beurteilt. Gleichzeitig anerkennen wir den Bedarf nach angemessenen Ressourcen. Dabei sollen die beschlossenen Massnahmen aber kritisch und regelmässig auf ihren Mehrwert überprüft werden. Zudem bedingt die Gleichstellung eine optimale Koordination und Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure. So hat der Grundlagenbericht von 2020 hervorgebracht, dass die Vernetzung unzureichend ist und von den kantonalen Stellen aktiv gefördert werden soll. Deshalb ist der im Bericht erwähnte Austausch mit den Gemeinden begrüssenswert, da das Thema der Gleichstellung auch auf kommunaler Ebene sehr wichtig ist und auch direkten Einfluss auf die Gemeinden hat, wie zum Beispiel die Kinderbetreuung oder die geplanten Massnahmen in den Volksschulen. Die FDP begrüsst auch die in Aussicht gestellte Intensivierung des Austausches mit der Wirtschaft. Für uns ist es zentral, dass die Massnahmen stets aus Sicht aller Stakeholder beurteilt werden. Damit die geplanten Massnahmen und deren Umsetzung auf ihre Wirkung validiert und beurteilt werden können, braucht es messbare Indikatoren. Die FDP unterstützt den entsprechenden Antrag der GASK. Die FDP-Fraktion wird die Arbeit der Kommission würdigen, indem sie die vier Anträge der GASK unterstützt und die weiteren Anträge aus der Ratsmitte, welche bereits der Kommission gleich oder sehr ähnlich vorlagen und abgelehnt wurden, ablehnt. Wir treten auf die Vorlage ein. Sofern die Behandlung im Rat den Beschlüssen der zuständigen Kommission folgt, nimmt die FDP-Fraktion den Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen zustimmend zur Kenntnis.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Jetzt, im März 2023, beraten wir den Planungsbericht über die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen von 2022 bis 2025. Wie so oft, wenn es um Gleichstellungsthemen geht, ist die Schweiz oder der Kanton Luzern langsam und verspätet. Die späte Einführung des Frauenstimmrechts, ein Eherecht, das die Ehefrau erst in den späten 80er-Jahren auch als eigenständiges Subjekt betrachtet, der lange Kampf für die Fristenregelung für straffreie Schwangerschaftsabbrüche, der bis in unser Jahrtausend gedauert hat und noch immer gegen reaktionäre Kräfte geführt werden muss, oder das Recht, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen, auf das wir bis im letzten Jahr haben warten müssen, sind nur einige Beispiele. Seit 1981 verbietet die Bundesverfassung die Lohndiskriminierung von Frauen. 15 Jahre später ist das Gleichstellungsgesetz in Kraft getreten. Aktuell verdienen Frauen im Monat im Schnitt 1500 Franken weniger als Männer. Knapp die Hälfte der Lohndifferenz kann man nicht erklären. So erstaunt es nicht, dass wir quasi den Neustart der Gleichstellungspolitik im Kanton Luzern mit über einem Jahr Verspätung beraten. Unsere Männerregierung hat offensichtlich andere Prioritäten gehabt. Wenn es um Abtreibungen, die Strafbarkeit von Vergewaltigungen in der Ehe oder um die Ehe für alle gegangen ist, sind die Diskussionen ähnlich emotional verlaufen, wie wenn

heute über den Genderstern oder die Anerkennung der diversen Geschlechtsidentitäten gestritten wird oder wenn über Massnahmen für mehr Frauen in Führungspositionen oder Lohnkontrollen gegen Lohndiskriminierung diskutiert wird. Der Widerstand ist immer von gestern und von rechts gekommen, und er ist meistens übertrieben gewesen. Den gesellschaftlichen Wandel kann man nur bremsen, man kann ihn man zum Glück nicht verbieten, wie das die SVP will. Um den Bogen zum vorliegenden Gleichstellungsbericht zu schlagen: Es ist oft die Zivilgesellschaft gewesen, die den gesellschaftlichen Wandel vollzogen hat. Die bürgerliche Politik hat dann nachvollziehen müssen. So ist auch der Frauenstreik von 2019 der Ursprung des Planungsberichtes zur Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen. Am 14. Juni 2019 hat in Luzern die grösste Demonstration der letzten Jahrzehnte stattgefunden. Tausende von Frauen, aber auch solidarische Männer und queere Personen sind für mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Respekt auf die Strasse gegangen. Sie haben mit einer Petition einen Neustart in der Luzerner Gleichstellungspolitik gefordert. Die Forderung nach einem Planungsbericht haben dann auch die GASK und der Kantonsrat aufgenommen und um den LGBTI-Aspekt ergänzt. Schön, dass wir das Resultat in jenem Jahr beraten können, in dem die Gewerkschaften wieder zu einem nationalen feministischen Streik aufrufen. Es steckt eine enorme Arbeit im wissenschaftlichen Bericht auf dem der Planungsbericht beruht und auch im Planungsbericht selber, deshalb bedankt sich die SP bei allen am Bericht Beteiligten für das Geleistete. Der Dank ist auch verdient, denn dank dem Bericht geht es endlich wieder vorwärts in der Luzerner Gleichstellungspolitik. Die SP steht hinter den vier ausgewählten Handlungsfeldern, in denen der Kanton schnell viel bewirken könnte. Leider handelt es sich aber bei vielen im Planungsbericht aufgeführten Massnahmen eher um Symptombekämpfung. Strukturelle Massnahmen haben wir schon in der Vernehmlassungsvorlage vermisst oder sie sind – wie die Vertretung in Kaderfunktionen – vom Regierungsrat gestrichen worden. So fehlen trotz dem Schwerpunkt auf der «Förderung der wirtschaftlichen Autonomie» jegliche Massnahmen zur Bekämpfung von Armut, obwohl in allen Altersgruppen Luzerner Frauen stärker von Armut betroffen sind als Männer und obwohl geeignete Massnahmen dagegen – etwa Ergänzungsleistungen für Familien oder mehr Prämienverbilligung – längstens bekannt sind. Wir hätten uns nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich etwas mehr Fleisch am Knochen gewünscht. Es braucht auch keine weiteren Prüfaufträge oder Berichte und Workshops. Es braucht endlich Taten und genug Geld. So ist die Erfassung von LGBTI-feindlichen Aggressionen und Gewalt ein Meilenstein für den Kanton Luzern. Aber warum machen wir es nicht endlich, was gibt es noch zu prüfen? Oder bei den fehlenden Kita-Plätzen: Statt einem weiteren Grundlagenbericht zur familienergänzenden Kinderbetreuung bräuchte es mehr Geld vom Kanton, und statt einem weiteren Austausch mit der Wirtschaft soll diese auch mitzahlen, denn es sind die Unternehmen, die dank familienergänzenden Betreuungsangeboten von mehr Fachkräften profitieren. Im Bericht steht, dass bei der Umsetzung der Massnahmen neben dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität auch weitere soziale Kriterien wie Alter, Herkunft, Religion oder Behinderung berücksichtigt werden müssen. Dieser intersektionale Ansatz ist richtig und wichtig. Aber wird ihm wirklich nachgelebt, wenn unsere Bemerkung, dass auch Diskriminierung ein Thema in den kantonalen Weiterbildungs- und Sensibilisierungskuren sein soll, keine Mehrheit gefunden hat? Was nützen diese Kurse, wenn sie nur von denen besucht werden, die sowieso schon sensibilisiert sind und es keine Verpflichtung für Mitarbeitende mit Kundenkontakt gibt? Wir sind froh, wenn wir beim nächsten Bericht Zahlen dazu erhalten, ob und von wem die Kurse besucht werden. Der Planungsbericht zur Gleichstellung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die SP befürchtet aber, dass der Planungsbericht wegen unverbindlicher Ziele und mangelnder Ressourcen zu einem zahnlosen Papiertiger verkommt. Denn Fachorganisationen, die Kirchen oder die Gemeinden oder die Stadt Luzern, die jetzt selber gerade ein Gleichstellungsbüro aufbaut, finden, dass für die Umsetzung des Planungsberichtes zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Wenn Sie keinen Papiertiger wollen, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit der Gleichstellung, dann müssen Sie künftig mehr als die vorgeschlagenen 150 000 Franken

jährlich zur Verfügung stellen. Sie können heute den Tatbeweis erbringen, dass es sich beim vorliegenden Planungsbericht nicht wieder um leere Versprechungen handelt, wie Sie sie im Abstimmungskampf zur Rentenaltererhöhung für die Frauen gehört haben. Am 14. Juni 2023 findet schweizweit wieder der feministische Streik statt. Vier Jahre nach der grössten gesellschaftlichen Bewegung der letzten Jahrzehnte haben Sie es in der Hand, ein Zeichen zu setzen, dass Sie die Frauen auf der Strasse gehört haben. Dann hätte sich das lange Warten immerhin gelohnt. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und bringt, wie schon in der GASK, verschiedene Verbesserungsvorschläge ein.

Für die G/JG-Fraktion spricht Hannes Koch.

Hannes Koch: Seit über 30 Jahren sind die Gleichstellungsthemen auf der Agenda der Grünen und Jungen Grünen. Nach unzähligen Aktionen verschiedener Kräfte und einem grossen Engagement des Frauenstreiks hat die GASK die Motion M 141 erarbeitet, die bekanntlich von unserem Rat überwiesen wurde. Der Kanton hat der Hochschule Luzern den Auftrag erteilt, einen Grundlagenbericht auf wissenschaftlicher Basis zu erstellen. Diesen Auftrag hat sie fundiert wahrgenommen und sehr klare, direkte und eindeutige Aussagen gemacht, was es für die Verbesserung der Gleichstellung im Kanton braucht. Es ist der G/JG-Fraktion klar, dass die Meinungen rund um die Gleichstellungsfragen über die verschiedenen Parteien stark auseinandergehen. Was wir aber nicht verstehen können, ist der Umstand, dass der Kanton einen wissenschaftlichen Bericht in Auftrag gibt und schlussendlich die Erkenntnisse daraus nur sehr bedingt aufnimmt. Die im Planungsbericht auf fünf Themenbereiche heruntergebrochenen Massnahmen sind für uns nicht konkret und nicht messbar. Es ist demnach folgerichtig, dass unsere Stossrichtung in der GASK übernommen wurde, wonach bei der Überarbeitung der Messkriterien des AFP dieser mit Kriterien zur Gleichstellung ergänzt wird. Dazu liegt heute ein entsprechender Antrag der GASK vor. Wir unterstützen die Anträge der GASK und die weiteren Anträge. Wir können nicht sagen, dass der Kanton nichts gemacht hat, aber eben, er hat auch keine konkreten und messbaren Massnahmen und Ziele definiert. Die Departemente sollen nun die Massnahmen entlang der für den ersten Planungsbericht vorgenommenen Priorisierung konkretisieren, so schreibt es die Regierung in ihrem Bericht. Das ist sicher richtig, aber es reicht nicht. Nach mehr als 30 Jahren ist das einfach zu wenig. Vermutlich ist dieser Planungsbericht für den Kanton als grossen Schritt zu werten. Für unsere Fraktion ist dies aber zu wenig. Aus diesem Grund – und das ist definitiv ein anderer als jener der SVP – nimmt die G/JG-Fraktion den Planungsbericht neutral zur Kenntnis.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Gleichstellung ist der Anfang und der Schluss: Gewalt an Frauen, häusliche Gewalt, Gewalt gegen trans- oder homosexuelle Menschen, dies alles beruht auf dem Fakt, dass sich eine Gruppe oder eine Person einer anderen Gruppe oder Person überlegen fühlt, dass sich ein Rollenbild als wichtiger und mächtiger sieht als das Gegenüber. Darum: mit Gleichstellung fängt es an, mit Gleichstellung können wir vieles beenden. Wir begrüssen die Massnahmen, wir begrüssen es, dass etwas geht. Im Bereich der Sensibilisierung und Information begrüssen wir es, dass die Thematik auch in die Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen, aber auch in die Berufsbildung eingebaut wird, denn oftmals handelt sich beim Umgang mit LGBTI um unbewusstes Handeln, das Entscheide mitbeeinflusst. Aus Sicht der GLP-Fraktion gibt es Berufe und junge Menschen, für welche sie sich interessieren oder weniger interessieren. Es gibt aber nicht per se Frauen- oder Männerberufe. Wir begrüssen es daher, dass diesbezüglich in die Berufsbildung investiert werden soll, auch in eine Stereotyp-unabhängige Beratung. Im Bereich Signalwirkung der kantonalen Verwaltung begrüssen wir es, dass der Kanton Diversität nun auch verstärkt in der Führungsausbildung integriert und daraus ein systematisches Diversity-Leitbild entsteht, mit welchem aktiv gearbeitet wird und das nicht nur als Leitlinie gilt. Im Bereich der geschlechterspezifischen Gewalt unterstützen wir die geplanten Schritte des Kantons. Diese Thematik soll auf allen Altersstufen altersgerecht vermittelt werden, insbesondere ist auch das anonyme Onlinetool zur Meldung von sexueller Gewalt sehr wichtig. Mit diesen Punkten sind wir zufrieden. In einigen Bereichen hätte der Kanton allerdings mehr Mut beweisen

können, klarere Vorschläge bringen und klarer handeln dürfen. Die GLP-Fraktion wünscht sich zum Beispiel im Bereich der Förderung der wirtschaftlichen Autonomie nicht nur die Unterstützung des Kantons, sondern die konkrete Erarbeitung eines Gesetzes, das die Kinderbetreuung regelt. Erziehenden soll es möglich sein, die Kinderbetreuung ihren Bedürfnissen entsprechend extern oder intern zu regeln und einer Arbeitstätigkeit nachzugehen. Nebst dem, dass der Kanton selbst eine transparente Lohnpolitik lebt, setzt er sich auch bei der Wirtschaft aktiv für eine transparente Lohnpolitik ein. In einem weiteren Schritt entfallen die veralteten Lohnverhandlungen zugunsten eines transparent kommunizierten, bezifferbaren Wertes der jeweiligen Arbeit. Die Lohndiskrepanz zwischen den früher typischen Männer- und Frauenberufen muss behoben werden. Der Kanton soll sich zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die veralteten Systeme, die sich auf klassische Rollenverteilungsmodelle stützen, überarbeitet und den heutigen Lebenswelten angepasst werden, insbesondere bei den Sozialversicherungen und den Steuern. So soll die Individualbesteuerung als wichtiger Schritt umgesetzt werden. Bei diesen Punkten geht uns der Bericht zu wenig weit, aber wir anerkennen es, dass etwas getan wird. Wir wollen dem Kanton nun die Chance geben, arbeiten zu können, und verzichten daher auf Bemerkungen. Wir erwarten aber bald nennenswerte Ergebnisse. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Nachdem ich die Voten von Marcel Budmiger und Hannes Koch gehört habe, frage ich mich schon, ob wir an der gleichen Kommissionssitzung teilgenommen haben. Ich freue mich, dass Ihr Rat diesen Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen endlich berät. Obschon es sich um den ersten Planungsbericht handelt, heisst das noch nicht, dass der Kanton in den vergangenen Jahren bei der Förderung der Gleichstellung untätig war. Da bitte ich um Ehrlichkeit. Teilweise war auch die GASK darüber erstaunt, was der Kanton bereits alles macht. Es wird gesagt, dass wir zu wenig tun, alles ist negativ, aber man weiss nicht, wie viele Leute wir für dieses Thema einsetzen. Das ärgert mich. Der Kanton ist in vielen Bereichen gut unterwegs. Ich kann Marcel Budmiger nur sagen, dass wir diesbezüglich nicht auf Vorstösse der SP warten, dazu ist es zu spät. Wir sind viel weiter, und das wissen Sie selber auch. Manchmal habe ich das Gefühl, dass gewisse Fraktion die Idee haben, immer alles schlechtreden zu müssen. Wir verfügen über qualifizierte Fachpersonen, die sich in der Verwaltung mit dem Thema auseinandersetzen und Massnahmen über die ganze Verwaltung hinweg koordiniert umsetzen. Hannes Koch kann ich sagen, dass es einen wissenschaftlichen Bericht gibt, den haben wir in Auftrag gegeben. Aber es gibt auch eine Vernehmlassung. Wir bilden die Vernehmlassung ab – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese Ziele wollen wir erreichen. Der vorliegende Bericht ist ein wichtiges Instrument und stellt dar, dass wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen wollen und können. Der Planungsbericht fokussiert sich auf die Handlungsfelder und Massnahmen, mit denen die wirtschaftliche Autonomie, die soziale Sicherheit und ein gewaltfreies Leben in einem diskriminierungsfreien Umfeld gefördert werden. Für mich sind Menschen Menschen, egal woher sie kommen, welches Geschlecht sie haben, wen sie lieben oder wie viel sie arbeiten. Die Regierung und auch ich, wir wehren uns dagegen, einzelne Menschen herauszustellen und diese zu verpolitisieren. Dabei machen wir nicht mit. Der Bericht enthält Massnahmen, die einem stetigen Wandel ausgesetzt sind. Messbare Ziele sind im gesellschaftspolitischen Bereich anders als beispielsweise in der Klimapolitik schwerer zu definieren. Im Sozialbereich stehen weniger konsolidierte Kennzahlen und Messzahlen zur Verfügung. Ich erlaube mir eine Zwischenbemerkung zur Lohndiskriminierung. Ich kenne mich damit aus, ich habe selber Töchter und weiss, was sie verdienen und was andere verdienen. In der kantonalen Verwaltung, im Luzerner Kantonsspital (LUKS) und in der Luzerner Psychiatrie (Lups) und beim Sozialversicherungszentrum Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS) Luzern kennen wir diese Probleme nicht. Dabei soll es auch weiterhin bleiben. Ich bitte Sie, das anzuerkennen. Es ist also zuerst ein politischer Prozess notwendig, um die Ziele und Kennzahlen zu definieren. Das müssen und wollen wir besser machen. Der vorliegende Bericht hat das Ziel definiert,

und wir werden nun beginnen, Massnahmen umzusetzen, um die Ziele so schnell wie möglich zu erreichen. Wir sind gerne bereit, im Vorfeld der nächsten AFP-Beratung Vorschläge zu möglichen Indikatoren zu machen, die in den AFP aufgenommen werden können und damit auch Transparenz bezüglich der Entwicklung der Gleichstellung im Kanton Luzern zu schaffen. Ich bitte Sie, den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, wie das auch die GASK klug getan hat. Es geht dabei nicht darum, ob der verantwortliche Departementsvorsteher, die GASK oder die Verwaltung gute Arbeit geleistet haben, sondern es geht um ein wichtiges Thema und darum, dass wir unsere Prioritäten setzen möchten.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Auftrag GASK zu Allgemein: Ein neuer Bericht wird für die Jahre 2026–2029 erstellt. Dieser beinhaltet messbare Ziele und Massnahmen.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Die GASK hat insgesamt vier Aufträge überwiesen. Der vorliegende Auftrag fordert einen neuen Bericht für die Jahre 2026–2029. Ich empfehle Ihnen, dem Auftrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Regierung unterstützt diesen Auftrag, der möglich sein soll und muss. Ich bitte Sie, dem Auftrag zuzustimmen.

Der Rat stimmt dem Auftrag mit 104 zu 0 Stimmen zu.

Auftrag GASK zu Allgemein: Das GSD liefert im Vorfeld der nächsten AFP-Beratung Vorschläge zu möglichen Indikatoren, die in den AFP aufgenommen werden können und Transparenz bezüglich der Entwicklung der Gleichstellung im Kanton Luzern schaffen. Das GSD koordiniert dafür mit dem FD.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Bei diesem Auftrag geht es darum, Indikatoren für den AFP zu erarbeiten, um die Entwicklung in Bezug auf die Gleichstellung im Kanton aufzuzeigen. Das GSD soll gemeinsam mit dem Finanzdepartement (FD) Vorschläge erarbeiten. Ich empfehle Ihnen, dem Auftrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Regierung unterstützt den Auftrag, ich bitte Sie, diesem zuzustimmen.

Der Rat stimmt dem Auftrag mit 107 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung Sager Urban zu S. 14, Kapitel 3, Massnahme 1.2: Der Kanton entlastet die Gemeinden und beteiligt sich finanziell an der familienergänzenden Kinderbetreuung.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Ein ähnlich lautender Antrag ohne die Formulierung «entlastet die Gemeinden» lag der GASK vor und wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Urban Sager: Die familienergänzende Kinderbetreuung ist ein zentraler Baustein zur Förderung der Gleichstellung. Wir haben in diesem Rat schon oft darüber diskutiert. Grossmehrheitlich sind Sie damit einverstanden. Warum ist die familienergänzende Kinderbetreuung ein zentraler Baustein? Es ist nach wie vor Fakt, dass vor allem Frauen ihr Pensum reduzieren, teilweise deutlich, wenn sie Kinder bekommen. Vor allem beim zweiten Kind sind es die Frauen, die ihr Pensum reduzieren. Dort setzt meine Bemerkung an. Es braucht im ganzen Kanton ein flächendeckendes Angebot an bezahlbarer und qualitativ hoher Kinderbetreuung. Wer seine Kinder extern betreuen lässt, möchte natürlich die bestmögliche Qualität. Die Kitas im Kanton machen ihre Arbeit sehr gut. In vielen Kitas ist eine gute Qualität vorhanden, mit «QualKitas» gibt es auch ein entsprechendes Label, das überprüft wird. Trotzdem müssen viele Kitas aufgrund von mangelnden finanziellen Ressourcen sehr eng fahren. Wie kommt es zu einer guten Qualität? Durch gut ausgebildete Fachfrauen, selten sind es auch Fachmänner. Natürlich müssen es Fachpersonen sein, welche die qualitativ gute Arbeit zu guten Arbeitsbedingungen leisten können. Sind die Arbeitsbedingungen nicht gut, passiert das, was im Moment beobachtet werden kann: Die

Fachkräfte wandern in Branchen ab, in denen sie ihre Ausbildung brauchen können, oder sie lassen sich umschulen. Im Kita-Bereich erleben wir zurzeit einen grossen Fachkräftemangel, weil ausgebildetes Fachpersonal in andere Berufe wechselt. Das hat mit einem wichtigen Punkt zu tun, der im Planungsbericht thematisiert wird, nämlich mit der gesellschaftlichen Anerkennung von Care-Arbeit. Wir sehen in allen Berufen mit Care-Arbeit eine verhältnismässig unterdurchschnittliche Bezahlung, gerade im Kita-Bereich. Dort leisten Schülerinnen nach der 3. Sekundarschule ohne Ausbildung in einem Praktikum ein Jahr lang für 500 Franken Arbeit, damit der vorgeschriebene Betreuungsschlüssel überhaupt umgesetzt werden kann. Das ist nicht die Qualität, die wir uns für unsere Kinder wünschen. Dort müssen wir ansetzen, aber das geht nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln. Es sind nun einmal Menschen, die in einer Kita arbeiten, deshalb sind 80 bis 90 Prozent der Kosten einer Kita Lohnkosten. Eine Verbesserung kann also nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln erzielt werden. Deshalb ist der Kanton gefordert. Der Kanton Luzern ist der einzige Kanton in der Schweiz, der kein entsprechendes Gesetz kennt. Der Kanton gibt keinen gesetzlichen Rahmen vor und stellt keine finanziellen Mittel für die Kitas zur Verfügung, sondern die Gemeinden müssen das allein stemmen. Das ist in dieser Qualität, die wir alle uns hoffentlich wünschen, nicht möglich. Der Kanton soll zur Verantwortung gezogen werden und die Gemeinden entsprechenden unterstützen.

Thomas Oehen: Die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden wird im vorliegenden Planungsbericht nicht behandelt. Heute sind die Gemeinden für diesen Bereich zuständig. Wenn es eine neue Aufgabenteilung geben soll, muss dies auf einer rechtlichen Basis erfolgen. Dem Grundlagenbericht und der eingereichten Kita-Initiative soll nicht politisch vorgegriffen werden. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Sibylle Boos-Braun: Für die FDP-Fraktion ist die familienergänzende Kinderbetreuung eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und wird von uns unterstützt. Wie wir schon gehört haben, ist hier der falsche Ort für eine solche Bemerkung. Die Aufgabenteilung sieht derzeit vor, dass die Gemeinden dafür zuständig sind. Zurzeit wird ein Grundlagenbericht zur externen Kinderbetreuung erarbeitet. Dort ist dieses Thema zu gegebener Zeit zu diskutieren. Wir lehnen die Bemerkung ab.

Claudia Huser: Unser Rat hat das Postulat P 334 von Urban Sager über die Weiterentwicklung der externen Kinderbetreuung im Vorschulalter erheblich erklärt. Der entsprechende Bericht ist nun in Erarbeitung. Ich wünschte mir auch, dass der Bericht schon vorliegt, gerade in Bezug auf den aktuellen Fachkräftemangel. Aber jetzt eine andere Finanzierung fordern? Damit torpediert Urban Sager sein eigenes Postulat. Das ist schade, denn wir alle wollen bei diesem Thema vorwärtskommen. Die GLP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Hannes Koch: Die Kinderbetreuung ist eine wichtige Massnahme bezüglich Gleichstellung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schlussendlich auch gegen die Armut. In der Regel sind es die Frauen, die ihr Pensum reduzieren müssen, was schlussendlich zu schlechteren Sozialleistungen führt. Mit einer kantonalen Unterstützung der Gemeinden würde die Kinderbetreuung flächendeckend verbessert. In Kitas arbeiten wiederum Frauen, deshalb sollen die Bedingungen verbessert werden. Das ist nicht zuletzt auch beim steuerbaren Fachkräftemangel in allen Branchen wichtig. Wir sind darauf angewiesen, unsere Kinder in die Obhut der Kitas zu geben, damit wir arbeiten gehen können. Die G/JG-Fraktion stimmt der Bemerkung zu.

Marcel Budmiger: Claudia Huser war scheinbar bei der Behandlung dieser Bemerkung in der GASK nicht mehr anwesend. Es ging nicht darum, dass bereits ein Bericht in Erarbeitung ist, sondern dass der Kanton kein Geld geben will. Wir können jetzt ein Zeichen setzen, entweder dass sich der Kanton an den Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung beteiligen soll oder dass die Gemeinden alleingelassen werden sollen. Lassen wir es bei der Zweiklassengesellschaft bleiben, in der es Gemeinden mit einer guten, flächendeckenden Versorgung gibt, aber andere Gemeinden diese aus Kostengründen nicht haben? Ich verstehe nicht, warum diese Chancengleichheit, die heute schon so oft genannt wurde, nichts kosten darf, wenn sie doch ein so zentraler Wert der SVP und der FDP ist. Mit

Gratisangeboten kommen wir nicht weiter, sondern wir müssen Geld investieren. Das hat der Bund erkannt, dann sollte das auch der Kanton tun. Die Gemeinden können nicht allein dafür aufkommen. Der besagte Bericht wird kommen und auch unsere Initiative. Aber deren Frist zur Beratung wurde um ein Jahr verlängert, obwohl im Kita-Bereich ein Personalmangel herrscht und die Fachkräfte jetzt gebraucht würden. Geben wir also der Regierung zumindest den Auftrag, Geld einzustellen, damit sich der Kanton auch daran beteiligt. Ich bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Monika Schnydrig: Ich war in der GASK anwesend, als diese Frage diskutiert wurde. Ja, die SVP-Fraktion steht für die Gleichstellung ein. Tatsache ist aber, dass wir einen Planungsbericht behandeln, deshalb ist das Thema hier am falschen Ort. Wir diskutieren aber gerne am richtigen Ort über die familienergänzende Kinderbetreuung usw. Die SVP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Aussagen von Marcel Budmiger sind nicht korrekt. Die Ausgangslage, wie sie Urban Sager geschildert hat, ist hingegen korrekt. Aber er macht einen Fehler: Es geht hier um die Aufgabenteilung, und die gibt es nun einfach. Es gibt entsprechende gesetzliche Grundlagen. Wenn Urban Sager sein Anliegen durchbringen will, muss er uns sagen, was die Gemeinden übernehmen sollen. Wir müssen etwas abtauschen. Die Gemeinden können beispielsweise die Gesundheitskosten übernehmen und wir die Kitas. Das Thema muss im Rahmen der Aufgabenteilung abgehandelt werden. Ich bitte Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 73 zu 29 Stimmen ab.

Bemerkung Koch Hannes zu S. 15, Kapitel 3, Massnahme 1.3: Die Durchführung von Stichproben zur Einhaltung der Lohngleichheit wird umgesetzt.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Die Bemerkung lag in dieser Form nicht vor, eine ähnlich lautende Bemerkung wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Hannes Koch: Die Durchführung von Stichproben zur Einhaltung der Lohngleichheit soll umgesetzt werden. Die Stichprobe ist eine kleine Differenzierung zur im Bericht genannten Prüfung. Stichproben sind ein wichtiges Mittel. Die Lohngleichheit soll nicht nur geprüft, sondern endlich umgesetzt werden. Ich bitte Sie, unserer Bemerkung zuzustimmen.

Claudia Huser: Wenn etwas geprüft wird, kann es auch kontrolliert werden. Transparenz ist wichtig. Die Bemerkung verursacht keinen zusätzlichen Aufwand. Die GLP-Fraktion stimmt der Bemerkung zu.

Thomas Oehen: Das GSD steht im Austausch mit Bund und Gemeinden, die in diesem Bereich bereits tätig sind. Das wurde uns in der GASK so erklärt. Aktuell erarbeitet der Bund eine Vorgabe, welche die Prüfung der Einhaltung der Lohngleichheit ermöglichen soll. Damit können wir die Massnahmen im nächsten Planungsbericht übernehmen und präzisieren. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Sibylle Boos-Braun: Ich kann mich dem Votum von Thomas Oehen anschliessen. Die FDP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab. Dieses wichtige Thema soll in den nächsten Planungsbericht aufgenommen werden, aber zuerst müssen die entsprechenden Grundlagen und Vorgaben durch den Bund erarbeitet werden.

Marcel Budmiger: Es hat vier Jahre gedauert, um diesen Bericht zu erarbeiten. Man hatte vier Jahre Zeit, um all die enthaltenen Massnahmen zu prüfen. Vielleicht machen wir ja dann in vier Jahren einmal Lohnkontrollen. Bei vielen anderen Massnahmen im Bericht handelt es sich auch nur um Prüfaufträge. Wie ich im Eintretensvotum ausgeführt habe, ist es jetzt Zeit, um etwas zu tun und nicht, um etwas zu prüfen. Es ist verlorene Energie, Zeit in weitere Papiere zu investieren. Entweder wollen Sie die Lohngleichheit kontrollieren oder nicht. Es ist nicht ehrlich, immer wieder auf den nächsten Planungsbericht zu verweisen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Thomas Oehen und Sibylle Boos-Braun haben die Antwort bereits gegeben, diesbezüglich habe ich keine Ergänzungen. Marcel Budmiger möchte ich entgegnen, dass

wir bereits heute Lohnkontrollen durchführen. Ich war selber schon bei Lohnkontrollen mit dem WAS Luzern, Dienststelle Wira, dabei, als es um die GAV-Löhne ging. Es ist nicht so, dass wir nichts tun. Wir wollen, müssen und werden diese Prüfungen umsetzen, aber das muss koordiniert erfolgen zusammen mit dem Bund, den Städten und vor allem den anderen Kantonen. Ich bitte Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 67 zu 40 Stimmen ab.

Bemerkung GASK zu S. 18, Kapitel 3, Massnahme 2.12: Der Kanton prüft die Erfassung von LGBTI-feindlichen Aggressionen und Gewalt.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Die GASK ist der Ansicht, dass es sinnvoll ist, wenn der Kanton die Erfassung von LGBTI-feindlichen Aggressionen und Gewalt prüft. Ich empfehle Ihnen, der Bemerkung der GASK zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Regierung ist mit dieser Bemerkung einverstanden.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 106 zu 1 Stimme zu.

Bemerkung Engler Pia zu S. 18, Kapitel 3, Handlungsfeld 3: Der Kanton strebt eine paritätische Vertretung der Geschlechter in Kaderfunktionen (Führungs- und Entscheidungspositionen) an. Der Anteil des untervertretenen Geschlechts beträgt mindestens 30 Prozent. Wo dies nicht erreicht werden kann, müssen die Abweichung kommentiert und Massnahmen zur Zielerreichung aufgezeigt werden.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Dieser Antrag ist der GASK nicht vorgelegen.

Pia Engler: Für einmal hat sich die Schweiz in einer ungewohnten Rolle befunden, sie musste nämlich vor rund zwei Monaten vor dem Uno-Menschenrechtsrat einige Kritik einstecken. Die Schweiz wurde unter anderem dazu aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um die berufliche Stellung der Frau zu verbessern. Die Staatssekretärin Livia Leu hat betont, dass die Schweiz für die Gleichstellung mehr tun könne und müsse. Nun aber zurück nach Luzern. Wir gehen oft vom Selbstverständnis aus, dass wir fortschrittlich und vorbildlich sind. Wir stehen aber im Bereich der Förderung von Frauen in Kaderpositionen im internationalen Vergleich nicht gut da. Für die SP-Fraktion ist es klar, dass wir Boden gutmachen wollen, und wir sehen uns von Livia Leu in unserem Anliegen bestärkt, dass wir ambitionierte Ziele setzen müssen, um der Umsetzung der Gleichstellung auf den verschiedenen Ebenen weiter Vorschub leisten zu können. Der kantonale Planungsbericht bietet die Möglichkeit, konkrete Ziele zu stecken. Ein Kapitel des Berichtes trägt den Titel «Signalwirkung der kantonalen Verwaltung». Wenn unser Rat ein Signal zur beruflichen Gleichstellung der Frau aussenden will, ist es wohl naheliegend, dies in diesem Bericht zu tun. Wo denn sonst? Wenn wir vorwärtskommen wollen, braucht es Vorgaben, auch für die paritätische Besetzung der obersten Kader der Verwaltung. Die Spielregeln müssen sich verändern, damit wir die entsprechenden Positionen zufriedenstellend mit Frauen besetzen können. Mit einer Vorgabe von 30 Prozent in den obersten Führungs- und Entscheidungspositionen wollen wir die Verwaltung darin unterstützen, dass sie nachhaltige Massnahmen treffen kann, um das untervertretene Geschlecht in die entsprechenden Positionen bringen zu können. Ich bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Monika Schnydrig: Gerade haben wir gehört, dass der Kanton Luzern weder fortschrittlich noch innovativ sei. Ich empfinde das anders. Für mich bedeutet «fortschrittlich und innovativ sein» nicht einfach eine Meinung primär gut umzusetzen. Alle sprechen vom Fachkräftemangel und von vielen offenen Stellen. Wie sollen all diese Forderungen auch noch absolut umgesetzt werden? Oft ist man froh, überhaupt geeignetes Personal zu finden. Die Umsetzung einer paritätischen Vertretung der Geschlechter ist in der Beteiligungsstrategie schon verankert. Die SVP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Thomas Oehen: Die Mitte-Fraktion unterstützt das Anliegen, die paritätische Vertretung der Geschlechter in Kaderfunktionen zu fördern. Die Umsetzung ist in der

Beteiligungsstrategie verankert, und wir hinterfragen auch unsere eigene Arbeit in diesem Bereich aktiv. Der Arbeitsmarkt und der Fachkräftemangel verunmöglichen aktuell eine Erfüllung dieser Forderung. Bei den Kaderpositionen der Dienststellen haben wir noch einen gewissen Handlungsspielraum. Bei vielen anderen Stellen sind wir dankbar, wenn wir überhaupt geeignetes Personal finden. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab, um dem ersten Planungsbericht eine Chance zu geben.

Claudia Huser: Die GLP-Fraktion lehnt die Bemerkung grossmehrheitlich ab, aber aus anderen Gründen. 2017 hat unser Rat die Frauenquote auf leitender Ebene bei staatsnahen Betrieben beschlossen. Das war ein wichtiger Schritt. Es ist bekannt, dass Leute gerne Leute einstellen, die ihnen ähnlich sind. Somit ist es wichtig, dass auf den obersten strategischen Ebenen auch Frauen und Männer vertreten sind. Dies aber auch auf operativer Ebene festzulegen, geht einer Mehrheit der GLP-Fraktion zu weit. Ich glaube auch, dass wir hier nicht zwischen den staatsnahen Betrieben und der Verwaltung unterscheiden sollten. Für uns ist die Vorbildrolle des Kantons auf strategischer Ebene wichtig. Die strategische Ebene wird am 2. April 2023 gewählt. Dort haben wir die Möglichkeit, das Parlament anders zu gestalten und somit wieder mehr Themen einzubringen.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab. Viele Argumente wurden schon genannt, bei uns geht es in die gleiche Richtung: Fachkräftemangel oder Beteiligungsstrategie. Die Quote ist auch nicht immer der richtige Weg. Es sind andere Grundlagen, die zuerst geschaffen werden müssen, damit wir den Frauenanteil in den Gremien erhöhen können.

Hannes Koch: Wie Sie sicher wissen, haben die Grünen und Jungen Grünen zusammen mit Abstand den grössten Frauenanteil bei den diesjährigen Wahlen. Ich will hier keinen Wahlkampf betreiben, aber warum weise ich darauf hin? Damit es gelingt, eine ausgeglichene Liste zu haben und bezogen auf die Bemerkung von Pia Engler ein ausgeglichenes Kader zu haben, braucht es einen klaren Willen und Engagement. Die Bemerkung hilft dabei. Das hat nichts mit Fachkräftemangel zu tun. Der Fachkräftemangel ist geschlechterunabhängig. Umso wichtiger ist es, hier einen Schritt vorwärts zu machen. Die G/JG-Fraktion stimmt der Bemerkung zu, auch wenn nur ein Anteil von 30 Prozent gefordert wird. Wenn diese 30 Prozent nicht erreicht werden, ist es richtig, dass dies nicht einfach kommentarlos geschieht, sondern eine Begründung nötig ist.

Marcel Budmiger: Ich verstehe Ihre Argumentation nicht, wenn Sie sagen, dass wir bei den ausgelagerten Betrieben Vorgaben machen können, aber in der Verwaltung nicht. Wie ich Thomas Oehen verstanden habe, strebt die Mitte-Fraktion zwar eine Quote von 50 Prozent an. Die Bemerkung verlangt ja, dass eine Begründung notwendig wird, wenn 30 Prozent nicht erreicht werden. In Ihren Voten haben Sie auf den Fachkräftemangel hingewiesen. Das wäre ja genau eine solche Begründung. Wenn sich keine Frauen bewerben, kann auch keine Frau eingestellt werden. Aber man soll es immerhin begründen müssen. Wenn man es nicht begründen muss, wird es auch keine Massnahmen geben, um in der Verwaltung mehr Frauen in führenden Positionen einzustellen. Die Luzerner Verwaltung erreicht diese 30 Prozent schon fast, es kommt also nicht zu einer grossen Umwälzung, wenn die Bemerkung angenommen wird. Mit der Bemerkung würde erreicht, dass der Frauenanteil in Kaderpositionen nicht sinken soll. Das ist möglich, so wie früher eine Frau der Regierung angehört hat, aber jetzt nicht mehr. Das sind Wellenbewegungen. Sollte der Anteil unter 30 Prozent fallen, wird eine Begründung notwendig.

Korintha Bärtsch: Ich bin überrascht über den Verlauf dieser Diskussion. 2023 behandelt der Kanton den ersten Gleichstellungsbericht. Der zuständige Regierungsrat erklärt, dass wir schon längst auf dem Weg seien und der wissenschaftliche Bericht super sei. Ich finde den wissenschaftlichen Bericht ebenfalls super, aber der hat etwas mehr Fleisch am Knochen als der vorliegende Gleichstellungsbericht. Es ist vielleicht auch eine Frage der Perspektive. Es ist richtig und wichtig, dass sich der Kanton auf den Weg gemacht hat und etwas unternimmt. Aber ich glaube, wir haben noch einen Marathon vor uns und nicht nur einen 100-Meter-Lauf. Es gibt noch einiges zu tun. Wenn Regierungsrat Guido Graf ein gutes Vorbild für seine Töchter und in seinem Departement ist, dann finde ich das super. Das GSD

kann als Vorbild genommen werden, auch wenn in den dort vertretenen Berufen eher Frauen arbeiten. Wenn ich die anderen Direktionen sehe, möchte ich gerne wissen, wer in den obersten Kadern ein weibliches Geschlecht hat. Ich gehöre einer Kommission an, in welcher das Budget und der Jahresbericht immer nur von Männern präsentiert werden. Es gibt auch andere Direktionen, denen nur Männer angehören. Warum können wir uns, nebst den staatseigenen Betrieben, wo eine Quote sehr wichtig ist, nicht auch selber eine solche Quote auferlegen? Ich verstehe die GLP-Fraktion nicht, meiner Meinung nach ist das kein operativer Eingriff. Es geht darum, als Kanton das Bekenntnis abzugeben, beim obersten Kader einen Frauenanteil anzustreben. Das ist im Jahr 2023 nicht zu viel verlangt.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Zum Votum von Marcel Budmiger: Die zukünftige Regierung setzen nicht Sie zusammen, sondern die Luzerner Bevölkerung. Es sind auch nicht die Medien oder die Regierung. Lassen Sie die Luzerner Bevölkerung entscheiden. Ich finde es etwas speziell zu erklären – wie das ein Journalist geschrieben hat –, es sei peinlich. Es gibt einen Volksentscheid, und den müssen wir ernst nehmen. Korintha Bärtsch weise ich auf unsere Beteiligungsstrategie hin, dort ist ein Anteil von 30 Prozent festgehalten. Das lebe ich, ich habe Gremien mit mehr Frauen als Männern – nicht weil ich das vorgegeben habe, sondern weil sich Frauen beworben haben, die besser und flexibler waren. Der Stab des Gesundheits- und Sozialdepartementes ist gut. Das ist völlig normal, und wir kennen diese Diskussion nicht, wie sie hier geführt wird. Wir möchten einfach arbeiten. Vom Votum von Pia Engler bin ich etwas überrascht. Sie gehört dem Verwaltungsrat des WAS an. Auch im Verwaltungsrat des LUKS sind Frauen vertreten. Das funktioniert. In der Beteiligungsstrategie haben wir einen Anteil von 30 Prozent beschlossen, natürlich ist ein höherer Anteil noch besser. Manchmal habe ich das Gefühl, dass Sie hier etwas thematisieren, obwohl Sie wissen, dass es bereits funktioniert. Ich bitte Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 67 zu 35 Stimmen ab.

Bemerkung Budmiger Marcel zu S. 18, Kapitel 3, Handlungsfeld 3: Die Lohnbanddeklaration wird in Stellenausschreibungen verankert.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Dieser Antrag lag der GASK vor und wurde abgelehnt.

Marcel Budmiger: Ich bin etwas erstaunt darüber, was der Gesundheits- und Sozialdirektor in unsere Voten hineininterpretiert. Man kann aber auch etwas falsch verstehen wollen, wenn man eine andere Haltung hat. So habe ich gerade festgestellt, dass die Regierung und die Mehrheit unseres Rats keine paritätische Vertretung in der Verwaltung wollen, denn Sie haben die entsprechende Bemerkung soeben abgelehnt. Regierungsrat Guido Graf hat aber recht, dass die Luzerner Verwaltung punkto Lohnungleichheit nicht schlecht dasteht, sondern viel besser als viele private Unternehmen. Die Lohnungleichheit ist in den Verwaltungen allgemein relativ gut. Wieso ist das so? Weil es klare Lohnreglemente gibt, die den Handlungsspielraum für Lohndiskriminierungen relativ stark einschränken. Man muss den Lohn nicht verhandeln. Ursprünglich sollten entsprechende Verhandlungskurse eingeführt werden für Frauen, die führen, diese Massnahme wurde aber von der Regierung gestrichen. Klare Lohnreglemente und Lohnbanddeklarationen vereinfachen vieles und verringern den Spielraum für Diskriminierung. Auch viele Unternehmen in der Privatwirtschaft arbeiten so, es ist heute State of the Art, wie Stellen ausgeschrieben werden. Dem Kanton würde es guttun, seine Stellen ebenfalls so auszuschreiben. Der Kanton hat solche Lohnbanddeklarationen, weshalb macht er sie dann bei den Stellenausschreibungen nicht publik? Scheinbar werden die Personen bevorzugt, die selber in der Verordnung nachschauen. Setzen Sie doch die Hürde für die Lohnungleichheit etwas tiefer.

Monika Schnydrig: Diese Forderung wurde in der laufenden Legislatur bereits einmal abgelehnt. Es gilt auch zu bedenken, dass der Kanton im Benchmark einen der unteren Plätze einnimmt. Durch die Offenlegung der Lohnklassen läuft man Gefahr, noch weniger Bewerbungen zu erhalten. Damit sind wir wieder beim Fachkräftemangel. Die SVP-Fraktion

lehnt die Bemerkung ab.

Thomas Oehen: Aktuell überarbeitet der Kanton sein Lohnsystem. Nach der Überarbeitung ist eine Offenlegung in Ausschreibungen denkbar. Die Forderung müsste im kommenden Planungsbericht diskutiert werden. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Claudia Huser: 2019 habe ich einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, der leider abgelehnt wurde. Wegen der Offenlegung gehen nicht weniger Bewerbungen ein. Falls dem aber so ist, wäre das ja in unserem Sinn. Ich führe nicht gerne Bewerbungsgespräche und lasse die ganze Maschinerie laufen, bis es dann am Schluss heisst, für diesen Lohn arbeite man nicht. Im Sinn der Effizienz ist die Bemerkung zu unterstützen. Hier geht es aber in erster Linie nicht um die Effizienz, sondern es ist wissenschaftlich erwiesen, dass es dadurch zu weniger Lohnunterschieden zwischen Mann und Frau kommt. Diese Massnahme kostet nichts, sie funktioniert, und es gibt im Online-Inserat einfach ein Feld mehr. Das sollte doch in unserem Sinn sein. Die GLP-Fraktion stimmt der Bemerkung zu.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion unterstützt die Kontrolle zur Einhaltung der Lohngleichheit, aber nicht durch eine Lohnbanddeklaration in Stellenausschreibungen. Die Spannweite der Lohnbänder ist nämlich häufig grösser als die Lohnungleichheit. Somit ist die Lohnbanddeklaration ein nur beschränkt adäquates Mittel zur Verbesserung der Lohngleichheit. Regelmässige Lohnanalysen sind der bessere Weg. Die FDP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Hier ist mir in der Kommission ein Fehler unterlaufen. Ich war offen für diese Bemerkung, dabei habe ich in der Ich-Form argumentiert. Im Namen der Regierung bitte ich Sie aber, die Bemerkung abzulehnen. Ich kann das gut begründen. Wir überarbeiten zurzeit das Lohnsystem. Hier geht es um einen Gleichstellungsbericht und nicht um Lohnmassnahmen. Bei der nachfolgenden Bemerkung von Melanie Setz Isenegger geht es um die Polizei. Es ist wichtig, diese Anträge auch am richtigen Ort zu stellen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 65 zu 35 Stimmen ab.

Bemerkung Setz Isenegger Melanie zu S. 20, Kapitel 3, Handlungsfeld 4: Die Luzerner Polizei bekämpft gezielter den Menschenhandel und setzt genügend Ressourcen dafür ein.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Diese Bemerkung ist der GASK nicht vorgelegen.

Melanie Setz Isenegger: Im Handlungsfeld 4, der Prävention und Verringerung von geschlechtsspezifischer Gewalt, sind bereits einige Massnahmen enthalten. Ausserdem hat unser Rat im vergangenen Herbst einer Aufstockung der Luzerner Polizei zugestimmt. Es ist absehbar, dass auch diese Massnahmen und Aufstockungen nicht ausreichen, und zwar genau in diesem Handlungsfeld. Menschenhandel kommt auch im Kanton Luzern vor. Menschen, Frauen und Männer, werden mit undurchsichtigen Versprechen zu uns gelockt, um unter prekären Arbeitsbedingungen tätig zu sein, so beispielsweise im Sexgewerbe, aber auch in anderen Branchen. Aktuell sind gemäss Aussagen der Luzerner Polizei in der «Luzerner Zeitung» bei der Fachgruppe Sexualdelikte zu wenig Beamtinnen und Beamte bei der Bekämpfung von Menschenhandel im Einsatz. Es wären dringend mehr Ressourcen nötig, um einerseits den meistens weiblichen Betroffenen die nötige Unterstützung zu bieten und andererseits auch, um Luzern nicht als Anziehungspunkt für das menschenverachtende Gewerbe zu fördern. Ich bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen, damit die Luzerner Polizei auch für das Budget einen klaren Auftrag und unsere Rückendeckung hat.

Monika Schnydrig: In der Oktober-Session 2022 hat eine grosse Mehrheit unseres Rates den Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei zustimmend zur Kenntnis genommen. Somit werden bis 2030 120 zusätzliche Stellen aufgebaut. Es sind ebenfalls gezielt Stellen eingeplant, die den Menschenhandel bekämpfen. Falls die eingeplanten Stellen nicht ausreichen, traue ich es unsere Polizei zu, dass sie nachrüstet oder Stellen umplatziert. Die SVP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Thomas Oehen: Das Einbringen des Anliegens unter Handlungsfeld 4 des

Planungsberichtes ist nicht sinnvoll. Der neue nationale Aktionsplan «Menschenhandel» wird bessere Möglichkeiten dafür bieten, dass der Kanton in diesem Bereich etwas erreichen kann. Die Bekämpfung von Menschenhandel ist bei der Luzerner Polizei bereits heute ein grosses Thema und wird bereits gemacht. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Melanie Setz Isenegger: Zum Votum von Monika Schnydrig: Darin liegt genau das Problem; die Luzerner Polizei hat jahrelang nicht gesagt, was sie benötigt. Deshalb kam es zum Debakel mit viel zu wenig Stellen. Die Luzerner Polizei hat auch nach der beschlossenen Stellenaufstockung erklärt, dass es trotz der Aufstockung nicht reiche. Darum wäre es jetzt wichtig, diese Massnahme zu beschliessen, damit die Polizei auch eine Handhabung zur Umsetzung hat.

Markus Schumacher: Die Luzerner Polizei wurde aufgestockt, jetzt müssen die entsprechenden Ressourcen richtig verteilt werden. Das allein reicht aber nicht. Wie in den letzten Tagen der Zeitung zu entnehmen war, fehlen bei der Staatsanwaltschaft Assistenten. Wenn die Polizei Delikte verfolgt, muss es danach auch weitergehen, das heisst auch bei der Staatsanwaltschaft wären Stellenaufstockungen notwendig.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die von Melanie Setz Isenegger dargestellte Situation ist schlimm, und es besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Die Frage ist einfach, ob das in den Gleichstellungsbericht gehört. Bei der Beratung des Planungsberichtes über die Luzerner Polizei haben wir verschiedene Stellen genehmigt und eine Zuteilung gemacht, wie viele Stellen in die Kripo gehen. Wir haben sogar eine Zuteilung gemacht, wie viele Stellen in den Bereich Sexualdelikte und Menschenhandel gehen. Schlussendlich brauchen wir 118 neue Stellen. Wie die im Detail aufgeteilt werden, ist eine andere Frage. Die Ausgangslage, wie sie dargestellt wurde, ist schlimm. Es gibt aber ein anderes Instrument, nämlich den AFP. Dort haben Sie die Möglichkeit, der Regierung eine solche Vorgabe zu machen. Eine Bemerkung im Gleichstellungsbericht bringt aber nicht die gewünschte Lösung. Die Regierung hat diese unfassbare, völlig schlechte Situation erkannt. Trotzdem bitte ich Sie, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 76 zu 29 Stimmen ab.

Bemerkung Koch Hannes zu S. 20-21, Kapitel 3, Massnahme 4.3: Für eine zentrale Gleichstellungsstelle sollen genügend Ressourcen für ihren Auftrag zur Verfügung stehen.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Diese Bemerkung lag der GASK vor und wurde grossmehrheitlich abgelehnt.

Hannes Koch: Der Bericht der Hochschule Luzern zeigt klar auf, dass es im Kanton eine Gleichstellungsstelle braucht. Damit diese ihre Arbeit richtig wahrnehmen kann, benötigt sie die entsprechenden Ressourcen. Wenn Ihnen die Gleichstellung im Kanton wichtig ist und Sie den wissenschaftlichen Erkenntnissen Folge leisten wollen, bitte ich Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Thomas Oehen: Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) hat bereits entsprechendes Fachpersonal für die Umsetzung. Die Ressourcen waren Gegenstand der Beratung des AFP und sind erst zu fordern, wenn es dann aufgrund des Planungsberichtes und der Umsetzung klar ist, was es braucht. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Sibylle Boos-Braun: Der FDP-Fraktion ist die Gleichstellung sehr wichtig. Laut Informationen des Regierungsrates in der Diskussion in der GASK hat das zuständige Departement bereits das notwendige Fachpersonal. Allenfalls ist die Benennung der Aufgabe als Koordinationsstelle Gleichstellung vorzunehmen, um hier ein Zeichen zu setzen. Die FDP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die Bemerkung verlangt eine zentrale Gleichstellungsstelle. Aus unserer Optik ist das falsch. Wir müssen dieses Thema als Verbund- und Querschnittsaufgabe erfüllen. Das machen wir heute schon so. Für die Bearbeitung gleichstellungsrelevanter Themen sind bei der DISG entsprechende Fachpersonen in der Abteilung Behinderung und

Diversität tätig. Auch bei der Abteilung Opferberatungsstelle der DISG sind Fachpersonen entsprechend tätig. Zur Umsetzung der Massnahme wird die Zusammenarbeit zwischen dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) und der DISG verstärkt. Es muss unbedingt eine Verbund- und Querschnittaufgabe bleiben. Ich bitte Sie deshalb, die Bemerkung abzulehnen.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 75 zu 27 Stimmen ab.

Bemerkung GASK zu S. 21, Kapitel 3, Massnahme 4.8: Die Regierung setzt sich beim Bund für die Weiterentwicklung einer schweizweiten Datenbasis zu allen Formen von Gewalt ein, die von der Istanbul-Konvention erfasst werden.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Aus Sicht der Kommission ist es wichtig, dass sich die Regierung beim Bund für die Weiterentwicklung dieser Datenbasis einsetzt. Es geht hier um eine Datenbasis, die sämtliche Formen der Istanbul-Konvention erfasst. Wir empfehlen Ihnen, der Bemerkung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 102 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung Budmiger Marcel zu S. 28, Kapitel 5.2: Für Projekte zur Gleichstellung der Geschlechter und LGBTI-Personen steht ein jährlicher Betrag von 150 000 Franken für einen externen Projektpool zur Verfügung.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Die Bemerkung lag der GASK in genau dieser Form nicht vor. Eine sehr ähnlich lautende Bemerkung über 200 000 Franken statt 150 000 Franken wurde von der GASK abgelehnt.

Marcel Budmiger: Der Gleichstellungsbericht sieht vor, dass es verwaltungsintern Geld für Projekte geben soll, mit denen die Gleichstellung in der Verwaltung besser erreicht werden kann. Wir schlagen Ihnen vor, dass nicht nur die Verwaltung daran arbeiten soll, sondern dass externen Organisationen, die im Bereich der Gleichstellung oder in LGBTI-Projekten tätig sind und nur durch Spendengelder finanziert werden, 150 000 Franken zur Verfügung gestellt werden. Ich habe gelernt, dass die Gleichstellung eine Querschnittaufgabe ist. Wenn wir in diesem Planungsbericht Anträge zu Querschnittaufgaben stellen, ist das am falschen Ort. Wenn wir Anträge für genügend Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel stellen, heisst es, wir müssten dies bei der AFP-Beratung tun. Bei der AFP-Beratung heisst es dann, das sei viel zu spezifisch. Ich sehe, dass Sie diese Arbeit, um die Gleichstellung voranzubringen, nicht tun wollen. Lassen Sie also die externen Personen ihre Arbeit tun und unterstützen Sie wenigstens diese Bemerkung.

Thomas Oehen: Der Kanton ist schon heute aktiv, und laut Aussagen des GSD sind genügend Ressourcen vorhanden. Mit der Überweisung der Bemerkung 2 der GASK wird dieses Thema implementiert. Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Claudia Huser: Hier wird bereits Geld zur Verfügung gestellt. Für mich ist es klar, dass nicht zwischen internen und externen Projekten unterschieden werden soll. Die GLP-Fraktion lehnt die Bemerkung ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bitte Sie, die Bemerkung abzulehnen. Über diese 150 000 Franken verfügen wir bereits, wir haben auch noch andere Mittel. Wir können nicht einfach Gelder sprechen, es muss auch ein entsprechendes Projekt geben. Sie müssen mir aber schon erklären, welches Projekt wir abgelehnt haben. Mir persönlich ist keines bekannt. Das ist nicht böse gemeint, aber es gibt auch einen Departementsvorsteher oder zukünftig eine Departementsvorsteherin. Diese haben auch Kompetenzen, unterschätzen Sie die Regierung nicht.

Der Rat lehnt die Bemerkung mit 74 zu 28 Stimmen ab.

Antrag Schnydrig Monika und Koch Hannes zu Ziffer 1: Neutrale Kenntnisnahme.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht

Kommissionspräsident Maurus Zeier.

Maurus Zeier: Dieser Antrag ist der GASK nicht vorgelegen.

Monika Schnydrig: Ich habe mich bereits in meinem Eintretensvotum dazu geäußert, warum wir den Planungsbericht neutral zur Kenntnis nehmen.

Hannes Koch: Die G/JG-Fraktion begrüsst die gemachten Schritte. Wie schon gesagt, bedauern wir, dass die Ziele und Massnahmen wenig konkret und nicht messbar sind. Da es im AFP eine Verbesserung geben und der nächste Bericht uns in vier Jahren wohl massiv überraschen wird, sind wir gespannt. Regierungsrat Guido Graf hat sich enerviert, dass der Bericht aus der Vernehmlassung resultiere. Regierungsrat Guido Graf, unterschätzen Sie Ihre Möglichkeiten nicht. Wenn Sie etwas wollen, haben Sie es bis jetzt auch meistens erreicht. Wie Sie gerade selber gesagt haben, soll man die Regierung nicht unterschätzen. Daher denke ich, dass etwas mehr dringender wäre. Ich danke Ihnen aber für Ihre ehrlichen Äusserungen. Wir begrüssen die ersten Schritte, wir danken der Hochschule für ihren klaren Bericht, wir danken der Verwaltung, dass sie die Gleichstellungsthemen wahrnimmt. Wir sind nicht für eine ablehnende Kenntnisnahme, aber auch nicht für eine zustimmende, sondern für eine neutrale.

Thomas Oehen: Geben wir dem ersten Planungsbericht zur Gleichstellung eine Chance. Wir haben den ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Die neutrale Kenntnisnahme ist das falsche Zeichen nach aussen. Daher lehnt die Mitte-Fraktion den Antrag ab und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion erachtet den vorliegenden Planungsbericht als ein gutes Instrument zur Sensibilisierung und Verbesserung der Gleichstellung im Kanton Luzern. Wir sind uns bewusst, dass der Weg noch zu Ende gegangen werden muss, wir sind noch nicht am Ziel. Der Bericht nimmt aber eine Vielzahl berechtigter Anliegen auf und geht in die richtige Richtung. Für die FDP-Fraktion ist die Gleichstellung zentral für unsere Gesellschaft. Entsprechend lehnen wir den Antrag ab und nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Marcel Budmiger: Die SP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis. Wir haben viele Verbesserungsvorschläge gebracht, einige davon haben in der GASK und nun auch hier im Rat eine Mehrheit gefunden. Es geht vorwärts im Kanton. Aber es ist kein gutes Zeugnis darüber, was bisher im Kanton gelaufen ist. Sie wollen alles nur prüfen und in vier Jahren vielleicht konkrete Ziele erreichen. Wir werden Sie darauf behaften und bei der nächsten AFP-Beratung Anträge stellen. Die im Bericht enthaltenen Ziele sind gut, deshalb unterstützen wir sie voll und ganz. Ich habe gehört, dass Ihnen Gleichheit und Chancengleichheit wichtig sind. Wir werden Sie in vier Jahren daran messen, ob wir diese Ziele erreicht haben. Wir möchten gerne mehr tun, es wäre viel mehr möglich. Es braucht einen Schub, damit es vorwärtsgeht. Wir danken Ihnen, wenn Sie bei der AFP-Beratung oder bei Vorstössen zu diesem Thema bei Ihrem Wort bleiben und es sich nicht einfach um leere Versprechungen in einem Planungsbericht handelt, die möglichst wenig kosten. Wir erwarten, dass die Massnahmen umgesetzt werden und es nicht mehr so lange geht, wie es bisher der Fall war.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Es ist nicht so, dass alles nur gut ist, wenn es etwas kostet. Man kann auch sagen, dass bereits viel läuft, vielleicht haben wir das zu wenig kommuniziert. Das nehme ich auf mich. Es handelt sich hier um einen Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen 2022–2025. Ich bin schon etwas überrascht von der G/JG-Fraktion. Wenn ich die Ideen der Grünen in meinen 13 Jahren einigermaßen zur Kenntnis genommen und verstanden habe und wie mir das im Sekretariat auch teilweise kommuniziert wurde, verstehe ich Ihre Haltung nicht. Hier geht es nicht darum, ob Sie dem Departement oder der GASK mit der zustimmenden Kenntnisnahme etwas ausstellen. Es geht darum, dass wir hier über die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen sprechen. Das stört mich persönlich, und das passt auch nicht zu Ihnen. Ich verstehe nicht, dass Sie hier nicht einen wichtigen Punkt setzen. So wie die SVP in der GASK politisiert hat, kann ich ihren Antrag nachvollziehen. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, den

Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat zieht die zustimmende Kenntnisnahme der Kenntnisnahme mit 76 zu 35 Stimmen vor.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen (2022–2025), wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 108 zu 5 Stimmen zu.